



MARK BLYTH:
WIE EUROPA SICH
KAPUTTSPART. DIE
GESCHEITERTE IDEE DER
AUSTERITÄTSPOLITIK

Verlag J.H.W. Dietz Nachf.
 Bonn, 2014

ISBN 978-3-8012-0457-0
 352 Seiten, 26,00 €

N ahezu zeitgleich erschienen zwei Bücher über Austeritätspolitik, „Wie Europa sich kaputtspart“ von Mark Blyth und „Austerität“ von Florian Schui. Beide kritisieren diese Politik fundamental, ihre Argumentationslinien unterscheiden sich aber erheblich. Das zweitgenannte Buch ist hervorragend gelungen, das erste weniger.

Blyth definiert Austerität als „eine Art von Deflationierung, wobei die Wirtschaft durch eine Senkung von Löhnen, Preisen und öffentlichen Ausgaben wettbewerbsfähig gemacht wird. Erreicht wird dieses Ziel (angeblich) am besten, indem man das Budget, die Schulden und die Defizite des Staatshaushalts reduziert“ (S. 24).

Blyth Befund lautet (S. 34): „Austerität funktioniert nicht in der Praxis, sie lässt die Armen für die Fehler der Reichen bezahlen“. Dem ist voll zuzustimmen – nicht aber seiner Begründung, warum diese Politik Europa dominiert: Hauptursache dafür sei die Bankenrettung. „Nachdem die Banken gerettet wurden, müssen wir nun weitersparen, um auf weitere Schocks reagieren zu können.“ (S. 30). Und weiter: „Austerität ist nicht einfach der Preis, der für die Bankenrettung zu bezahlen ist. Es ist der Preis, den Banken andere bezahlen lassen.“ (S. 30). Blyth leitet seine Diagnose aus drei Faktoren ab.

Faktor 1: In den großen Euroländern beträgt die Bilanzsumme der Banken etwa das 4-Fache des Bruttoinlandsproduktes (BIP), in den USA hingegen nur 120%. Überdies verfügen die USA über die globale Reservewährung. Der Rettungsaufwand in einer Bankenkrise sei daher in Europa viel größer und erzwingt eine harte Sparpolitik (S. 29f. und S. 120ff.).

Faktor 2: „Nach 1970 entstand ein neues ‚deutsches Problem‘ für die europäischen Nachbarn, nämlich mit der Effizienz und Produktivität der Deutschen mitzuhalten“ (S. 112). Grund: „Deutschland stellt tolle Sachen her, [...] für die alle bereit sind, mehr zu zahlen als für die Alternativen.“ (S. 113). Zusätzlich verschaffe die restriktive Lohnpolitik Deutschland einen Preisvorteil „zum Nachteil aller anderen Länder“ (S. 113).

Faktor 3: Die Währungsunion erzwingt eine Austeritätspolitik, da die Wettbewerbsfähigkeit nur mehr durch Lohn- und Preissenkungen verbessert werden kann. Sie wirke daher wie früher der Goldstandard – unvereinbar mit der Demokratie, weil die Deflationspolitik der Bevölkerung untragbare Lasten aufbürde (S. 114). Die Einführung des Euro sei aber noch gravierender, weil dadurch nationale Währungen überhaupt abgeschafft wurden.

Laut Blyth führten diese drei Faktoren Europa in die Krise: Mangels eigener Geldpolitik konnten die einzelnen Euroländer auf die Bankenkrise nicht so flexibel reagieren wie etwa die USA oder Großbritannien. In der Folge stiegen die Zinsen in den Krisenländern (PIIGS) dramatisch, die Anleihen dieser Länder wurden entwertet und das verschlechterte die Bilanzen der europäischen Banken. Diese waren nämlich durch den Euro „zu verantwortungslosem Handeln“ eingeladen worden (S. 118ff.): „[...] die großen

europäischen Banken kauften so viele Staatsschulden der Peripherie [...] wie sie nur konnten.“ (S. 119).

Den systemischen Hauptgrund für die europäische Misere sieht Blyth daher in der Einführung des Euro: „Das europäische Währungsprojekt war von Beginn an ein wenig wahnsinnig. Erst jüngst hat sich gezeigt, dass es an absoluten Irrsinn grenzt.“ (S. 114). Der Euro sei „eine finanzpolitische Weltuntergangsmaschine“ (S. 85), „ein Desaster für alle“ (S. 111) bzw. „eine geldpolitische Weltuntergangsvorrichtung“ (S. 115). „Deshalb ist ‚interne Abwertung‘ mittels eines Absenkens von Löhnen und Preisen der einzige Ausweg. Das aber heißt: Austerität. Dies ist der wahre Grund, warum wir alle sparen müssen. Noch einmal: Es geht einzig und allein um die Rettung der Banken.“ (S. 126).

Viele Komponenten von Blyth's Argumentationskette sind richtig, ihre Verknüpfung zur Gesamtdiagnose ist aber grundfalsch (Bewegungen wie der „Alternative für Deutschland“ wird sie aber gefallen). Die apodiktische Verdammung des Euro-Projekts fordert mehrere Einwände heraus.

Einwand 1: Austerität wurde schon seit den 1970er Jahren propagiert und spätestens 1992 in der EU verordnet (Maastricht-Kriterien), keinesfalls erst seit der Bankenkrise. Diese Fehldiagnose folgt aus einer anderen: Austerität sei “[...] kein integraler Bestandteil wirtschaftswissenschaftlicher oder anderer Theorien.“ (S. 42). Tatsächlich ergibt sich die Forderung nach Austerität aus der klassischen und noch mehr aus der neoklassischen (und österreichischen) Theorie.

Einwand 2: Die negativen Erfahrungen der USA mit der monetaristischen Politik der 1980er Jahre, ihre Hinwendung zu einer primitiv-keynesianischen Politik seither, die gleichzeitige Übernahme der neoliberalen Leitlinien durch die EU sowie die wachsende Macht Deutschlands waren die wichtigsten Ursachen, warum sich die Austeritätspolitik in der EU seit 25 Jahren viel stärker ausbreitete als in den USA.

Einwand 3: Daher wurde der Euro nach neoliberalen Leitlinien konzipiert. Nicht die Währungsunion „an sich“ erzwang somit Austerität, sondern ihre neoliberale Ausgestaltung. Der Euro wurde auch deshalb als Instrument zur Schwächung von Sozialstaat und Gewerkschaften eingesetzt, weil beide in Europa stärker sind als in den USA.

Einwand 4: Mit der Höhe der Bilanzsummen der Banken steigen die Kosten ihrer Rettung nicht notwendigerweise, es kommt auf die Höhe der faulen Kredite an. Es ist daher auch unrichtig zu vermuten, dass die Pleite einer Bank Kosten in Höhe ihrer Bilanzsumme verursacht (S. 120).

Einwand 5: Der Rückgang der deutschen Lohnstückkosten seit 1999 war keine notwendige Folge der Währungsunion. Diese gab vielmehr eine klare Richtlinie in Gestalt der Zielinflation von 2% vor. Nicht der Euro, sondern die mit ihm unvereinbare Lohnpolitik Deutschlands hat die Krise vertieft.

Einwand 6: Diese Fehlentwicklung kann durch überdurchschnittliche Lohnsteigerungen in Deutschland korrigiert werden, Austerität in den Krisenländern braucht es dazu nicht. ▶

Einwand 7: Eine Währungsunion unterscheidet sich vom Goldstandard dadurch, dass die Geldbasis von der Zentralbank gesteuert und im Krisenfall erhöht werden kann. Dass die EZB dies erst spät tat, ist Folge ihrer monetaristischen Position und nicht der Währungsunion.

Einwand 8: Die positiven Effekte fester Wechselkurse auf die Performance des Gesamtsystems fallen mehr ins Gewicht als der Nachteil, dass einzelne Länder nicht (mehr) abwerten können. So hatten die Länder Südeuropas in den 1950er und 1960er Jahren ihre Währungen nicht abgewertet und dennoch wirtschaftlich aufgeholt. Umgekehrt haben ihnen die wiederholten Abwertungen zwischen 1971 und 1999 außer einer höheren Inflation nichts gebracht.

Einwand 9: Zwischen 1999 und 2008 sind die Schulden der PIIGS-Staaten nur im Ausmaß von ca. 3 % der Bilanzsumme der Euro-Banken gestiegen. Ihre Lage hat sich daher durch die Abwertung der PIIGS-Staatsanleihen viel weniger verschlechtert als durch die vorangegangene Entwertung von Aktien, Immobilien und Rohstoffen (2007/2008).

Einwand 10: In einer neoliberal-finanzkapitalistischen Spielanordnung prägen manisch-depressive Schwankungen – „Bullen- und Bärenmärkte“ – die Dynamik der für Unternehmer wichtigsten Preise wie Wechselkurse, Rohstoffpreise, Zinssätze und Aktienkurse. Die Realwirtschaft verliert immer mehr an Dynamik, Finanzalchemie boomt, Finanzvermögen werden geschaffen, die nicht durch reale Werte gedeckt sind. Der Euro war und ist das Richtige im Falschen: Ein anti-neoliberales Projekt zur endgültigen Überwindung von Devisenspekulation innerhalb einer finanzkapitalistischen Spielanordnung. Diese muss aufgegeben werden, aber nicht der Euro.

Dies zeigt auch ein Vergleich mit der realkapitalistischen Spielanordnung der 1950er und 60er Jahre. Damals lenkten stabile Wechselkurse, Rohstoffpreise, Aktienkurse und Zinssätze (unter der Wachstumsrate) das Gewinnstreben auf unternehmerische Aktivitäten in der Realwirtschaft.

Die meisten der oben angeführten Einzelargumente finden sich auch in Blyth's Buch, sie sind jedoch falsch zusammengesetzt mit dem Ziel, die Hauptthese zu untermauern, wonach die Bankenrettung die wichtigste Ursache für die Austeritätspolitik in Europa darstelle. Besonders die Entwicklung der Bankenkrise in den USA und ihre Ausbreitung auf Europa sind gut dokumentiert, ebenso die verheerenden Folgen der Umdeutung der Bankenkrise in eine Staatschuldenkrise und ihre Bekämpfung durch eine Sparpolitik.

Blyth zeigt, dass all dies nur möglich wurde, weil sich seit den 1960er Jahren der Mainstream der Wirtschaftswissenschaften vom Keynesianismus abwendete und die neoklassische Gleichgewichtstheorie wieder zum Standard erklärte, erweitert um besonders realitätsfremde Annahmen wie vollkommene Information. Denn Theorien verändern die Wirklichkeit, deswegen bezeichnet sie Blyth als „Gebrauchsanweisungen“.

Im zweiten Teil seines Buchs behandelt Blyth daher die Rolle von Austerität in der Theoriegeschichte und der politischen Praxis. Das Fundament legen die klassischen Li-

beralen John Locke, David Hume, Adam Smith und David Ricardo als Folge ihrer staatskritischen Grundhaltung (dass sich diese gegen einen autoritär-feudalen – und keinen demokratischen – Staat richtet, bleibt bei Blyth „unterbelichtet“).

Angesichts der sich verschärfenden sozialen Konflikte im 19. Jahrhundert plädiert John Stuart Mill für einen Mittelweg zwischen der Wahrung der individuellen Bürgerrechte und einem (minimalen) sozialen Ausgleich. Dieser „Neue Liberalismus“ wird zum ideologischen Fundament für die ersten Schritte in Richtung auf einen Sozialstaat.

Dagegen wenden sich die Vertreter der Österreichischen Schule, insbesondere Friedrich A. von Hayek und Joseph Schumpeter. Den „Generalangriff“ auf deren Austeritätsdenken trägt John M. Keynes vor. In seiner „Allgemeinen Theorie“ (1936) erklärt er, warum Sparpolitik und Lohnkürzungen in die Weltwirtschaftskrise führten. Der Keynesianismus prägt daher die Wirtschaftspolitik bis Mitte der 1970er Jahre.

In Deutschland überdauert das Austeritätsprinzip die keynesianische Prosperitätsphase als Teil des „Ordoliberalismus“, in den USA wird es von der Österreichischen Schule, dem Monetarismus von Milton Friedman und der „Neuen Politischen Ökonomie“ von James Buchanan gepflegt.

Die Stunde der Neoliberalen schlägt nach der – von ihnen geforderten – Aufgabe des Systems fester Wechselkurse (1971): Auf die Dollarabwertung reagiert die OPEC mit einem „Ölpreisschock“, in der nachfolgenden Rezession steigen Arbeitslosigkeit und Inflation. Damit war der Keynesianismus erledigt, denn seine Vertreter hatten ja die Existenz einer Phillips-Kurve behauptet und damit einen „trade-off“ zwischen beiden Größen (dass die Neoliberalen mit ihrer Forderung nach „flexiblen“ Wechselkursen selbst zum gleichzeitigen Anstieg von Inflation und Arbeitslosigkeit beigetragen hatten, erwähnt Blyth leider nicht).

Seit den 1990er Jahren versuchen neoliberale Ökonomen wie Alberto Alesina, zu belegen, dass Sparpolitik – selbst in einer Rezession – die Wirtschaft belebt. Blyth dokumentiert in hervorragender Weise den ideologischen Charakter dieser „wissenschaftlichen“ Literatur und (damit) ihre inhaltlichen und methodischen Schwächen.

Im letzten Teil seines Buchs belegt Blyth am Beispiel der Geschichte seit 1914, dass und warum eine Austeritätspolitik in der Praxis immer gescheitert ist und dokumentiert detailliert, dass diese Politik die Hauptursache für die anhaltende Krise von Wirtschaft und Gesellschaft in Europa ist. Seine Argumente werden sich in der Auseinandersetzung um die künftige Politik in Europa als sehr nützlich erweisen. ▶

Das Buch von Florian Schui ist einfacher zu rezensieren, es ist rundum gelungen. Er begreift Austerität nicht nur als ökonomisches, sondern auch als philosophisches Prinzip („Maßhalten“). Daher beginnt Schui sein Buch (S. 29ff.) mit der Rolle von Genügsamkeit im Denken von Aristoteles und Thomas von Aquin: Was braucht der Mensch für ein „gutes (christliches) Leben“? Dabei bedeutet „gut“ sowohl moralisch richtig als auch gelungen.

Eine der Stärken des Buchs: Schui diskutiert das Denken über Austerität immer in seiner Wechselwirkung zu den jeweils herrschenden ökonomischen Verhältnissen. So war die Forderung nach Maßhalten bei Aristoteles wie bei Thomas von Aquin eingebunden in eine wirtschaftlich stagnierende und hierarchisch gegliederte Gesellschaft (daher könnte und sollte Maßhalten der Vermögenden auf höherem Niveau erfolgen als der Armen).

Mit der Entstehung und Ausbreitung des Kapitalismus begann das Produktionspotenzial zuerst langsam und ab dem 17. Jahrhundert beschleunigt zu wachsen. Damit entstand ein Widerspruch zwischen der moralischen Forderung nach Genügsamkeit und der Notwendigkeit einer steigenden Nachfrage. Darauf konzentrieren sich die Schriften von Aufklärern wie Mandeville und Voltaire (S. 51ff.). Mag der Konsum der Reichen moralisch verwerflich sein, so stiftet er doch gesellschaftlichen Nutzen.

Dem entgegnet Rousseau, dass die Menschen durch die Tyrannei des Konsums sich selbst und ihren Mitmenschen entfremdet würden, eine solidarische Gesellschaft erfordere mehr Gleichheit und weniger (Luxus-)Konsum: Der moralisch-normative Aspekt von Austerität ist ihm wichtiger als der ökonomisch-faktische.

Die klassischen Theoretiker (und Apologeten) des Kapitalismus – von Adam Smith und David Ricardo bis zu Max Weber – sehen keinen Widerspruch zwischen Austerität und ökonomischer Dynamik. Vielmehr sei das Sparen der Reichen die Voraussetzung für die Bildung von Kapital (S. 71ff.). Gleichzeitig legitimieren sie so die Ungleichheit in der (kapitalistischen) Gesellschaft.

Auch für Karl Marx ist Sparen Voraussetzung für Investitionen, doch stammt es nicht aus der Genügsamkeit der Kapitalisten, sondern aus der Ausbeutung der Arbeiter (erzwungene Austerität). Thorsten Veblen sieht in den Kapitalisten nicht mehr jene Klasse, welche durch Ausbeutung den „Fortschritt der Produktivkräfte“ vorantreibt, sondern eine Elite, die Reichtum anhäuft mit dem Zweck, ein Maximum an Luxuskonsum zur Schau zu stellen.

Auch im Kapitel über die Zwischenkriegszeit (S. 91ff.) behandelt Schui die Austeritätspolitik nicht nur als finanzpolitischen Konsolidierungsversuch, sondern bezieht andere Dimensionen mit ein. So war etwa die Rückkehr Großbritanniens zum Goldstandard von geradezu magischen Vorstellungen über den Eigenwert dieses Währungsregimes geleitet. Und die deutsche Deflationspolitik hatte auch das Ziel, die erstarkende Arbeiterbewegung zu schwächen.

Besonders gut ist Schui das Kapitel über Keynes gelungen (S. 115ff.). Er erklärt nicht nur das „Sparparadox“, dass also (zu viel) Sparen zu einer systematischen Zielverfehlung führt, sowie die anderen Komponenten des „Lehrbuch-Keynes“, sondern auch den – weniger bekannten – Moralphilosophen Keynes. Diesem geht es um Antworten auf die Frage, unter welchen Bedingungen „gut Leben“ gelingen kann. Eine davon besteht darin, die „Liebe zum Geld“ als „halb-kriminelle und halb-pathologische Krankheit“ zu begreifen. Diese und andere Überlegungen zur langfristigen gesellschaftlichen Entwicklung sind in Keynes' Aufsatz „Die wirtschaftlichen Möglichkeiten unserer Enkelkinder“ zusammengefasst – und aktueller denn je.

Das Kapitel über Hayek („Austerität für den Staat“) trägt wesentlich zu einem besseren Verständnis des folgenden Rätsels bei (S. 145ff.): Die nach der Finanzkrise dramatisch verschärfte EU-Sparpolitik hat Wirtschaft und Gesellschaft in Europa verwüstet, dennoch halten die Eliten am Austeritätsprinzip fest. Hayek leitet seine Forderung nach einem auf seine Kernfunktionen reduzierten Staat aus dem Wert der „Freiheit“ als höchstem Gut ab – Letztere wird negativ begriffen als Freiheit vom Staat. Dafür müsse man kurzfristig auch Opfer bringen, langfristig würde es sich immer lohnen. So macht Hayek seine Theorie immun gegen Einwände, die auf dem Misserfolg von Sparpolitik beruhen. Denn wie lang langfristig ist, sagt Hayek nicht.

Letztlich bedeutet Austerität die Politik der/für die Freiheit, und dafür sollte den Menschen kein Opfer zu groß sein. Welche Menschen konkret die Opfer bringen müssen, wie sich eine solche Politik auf den sozialen Zusammenhalt auswirkt, kann Hayek daher offen lassen.

Wieder zeigt Schui die enge Verflechtung von Ideologie und Realität auf: Erst als die Vermögenden in den späten 1960er Jahren immer stärker in die Defensive gerieten, nahm die Resonanz auf Hayek immer mehr zu (sein ideologisches Hauptwerk, „Der Weg zur Knechtschaft“, war schon 1944 erschienen). Seine Theorie wurde gemeinsam mit dem – sehr unterschiedlich fundierten – Monetarismus von Milton Friedman zur ideologischen Basis der neoliberalen Konterrevolution.

Obwohl Schui einen sehr weiten Bogen spannt, ist sein Buch leicht zu lesen und überaus anregend. Er indoktriniert nicht, stellt überraschende Querverbindungen her (so sieht er im Stolz der Deutschen auf ihr „Exportweltmeistertum“ den Ersatz für den Stolz auf ihre – jüngere – Geschichte, S. 14f.), welche wiederum andere Zusammenhänge besser verständlich machen (wie das Unverständnis in Deutschland gegenüber der Kritik an seinen Exportüberschüssen). Als begnadetem Synthetiker gelingen ihm die Überblickskapitel besonders gut. Das Vorwort zur deutschen Ausgabe macht in wenigen Seiten die mit der Austeritätspolitik verbundene Entfremdung zwischen Deutschland und wichtigen Partnern in Europa verständlich. Auch die Einführung (S. 19ff.) sowie das Abschlusskapitel (S. 207ff.) sind besonders zu empfehlen. ■

STEPHAN SCHULMEISTER, Wien



FLORIAN SCHUI:
AUSTERITÄT. POLITIK
DER SPARSAMKEIT: DIE
KURZE GESCHICHTE EINES
GROSSEN FEHLERS

Blessing
München, 2014

ISBN 978-3-89667-533-0
256 Seiten, 19,99 €